

Engelchen und Teufelchen

Karrieren Als Außenminister hat es Sigmar Gabriel zu großer Beliebtheit gebracht. Er würde gern im Kabinett bleiben, doch lässt ihn SPD-Chef Martin Schulz?

Mann, hat der abgenommen“, raunt ein älterer Herr seiner Frau zu, als Sigmar Gabriel sich am Dienstag vergangener Woche den Weg durch die Schönbuchhalle von Dettenhausen nach vorne zur Bühne bahnt. Gabriel ist zu Gast auf dem Neujahrsempfang der SPD Tübingen. Die Halle ist bis auf den letzten Platz besetzt, eine örtliche Trommelgruppe versucht sich an karibischen Rhythmen. Die SPD-Kreisvorsitzende begrüßt den amtierenden Außenminister als „einen der beliebtesten Politiker unseres Landes“. Gabriel sei zweifelsohne, sagt Dorothea

Kliche-Behnke, „einer der ganz großen Redner der SPD-Geschichte“.

Über Martin Schulz, Gabriels Nachfolger im Amt des Parteivorsitzenden, kann man das in letzter Zeit nicht sagen. Viele im Saal müssen an die verunglückte Rede denken, mit der Schulz zwei Tage zuvor auf dem Bundesparteitag den Gegnern einer Großen Koalition beinahe zu einer Mehrheit verholten hätte. Gabriel verfolgte die Rede des SPD-Chefs von einem Tisch, an dem die Parteitagsregie alle ehemaligen Vorsitzenden platziert hatte: Neben ihm saßen Rudolf Scharping, Kurt

Beck und Franz Müntefering. Gabriel hätte sich zu Wort melden können, aber dann hätten viele den Eindruck gewinnen können, dass er nur deshalb für die Große Koalition wirbt, um Minister zu bleiben.

Jetzt aber, zwei Tage später in Dettenhausen, spricht Gabriel so leidenschaftlich über Europa, dass die SPD-Mitglieder begeistert applaudieren. Er wirbt für eine neue Große Koalition mit den Erfolgen der alten: Mindestlohn, Rente, Bafög. Gabriel findet es falsch, dass sich „die SPD kaum noch erinnert, obwohl sie das alles durchgesetzt hat“. Er spricht, als hätte er das Amt des SPD-Chefs nie abgegeben.

Am Ende bedankt sich der Kreisverband mit einer Meterpackung des örtlichen Schokoladenherstellers. „Sigmar Gabriel kann Diplomatie, auch wenn es in diesem Land den einen oder anderen gab, der dachte, dass er es nicht könnte“, sagt der schwäbische Bundestagsabgeordnete Martin Rosemann. „Lieber Sigmar, ich bin wirklich froh, dass du der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland bist!“

Gabriel hört solche Sätze oft in diesen Wochen. Sie streicheln seine wunde Seele. Was hat die Partei in den gut sieben Jahren, die er ihr Vorsitzender war, über ihn geschimpft! Über seine Sprunghaftigkeit, seine Alleingänge, seinen Jähzorn. Als Gabriel sich vor einem Jahr durchrang, den Parteivorsitz an Martin Schulz abzutreten, war das auch ein Eingeständnis, dass die Deutschen in ihm einfach keinen Kanzler erkennen können.

Als Außenminister aber hat es Gabriel auf fast allen Beliebtheitsranglisten ganz nach oben geschafft. Immerhin 57 Prozent der Deutschen sind laut ARD-Deutschlandtrend mit seiner Arbeit zufrieden. Martin Schulz? Kommt auf gerade mal 25 Prozent.

Gabriel umweht nun Tragik. Seine Popularität als Außenminister wirft die Frage auf, ob er nicht jahrelang den falschen Job hatte. Und jetzt, wo er die Anerkennung genießt, die er so schmerzlich vermisst hat, liegt sein Schicksal ausgerechnet in den Händen jenes Mannes, den er zu seinem Nachfolger gemacht hat.

Wie diese Geschichte ausgeht, ist offen. Gabriel weiß offenbar nicht, wie Martin Schulz sich entscheiden wird, wenn die Große Koalition zustande kommt und die Postenvergabe ansteht. Wenn die beiden miteinander sprechen, reden sie über vieles, aber nicht über ihre Zukunft.

Eigentlich spräche nichts dagegen, dass beide der nächsten Regierung angehören.



Minister Gabriel: Der Druck, ihn zu opfern, ist groß

Genug interessante Ministerämter gäbe es. Die SPD will nicht nur das Außenamt behalten, sondern auch den nächsten Finanzminister stellen. Wenn Schulz Finanzminister und Vizekanzler würde, könnte Gabriel bleiben, was er ist. Oder andersrum: Wenn Schulz sich für die Strapazen des vergangenen Jahres mit dem Auswärtigen Amt belohnen möchte, könnte Gabriel ins Finanzministerium umziehen.

Doch so einfach ist es nicht. Denn so beliebt Gabriel bei der SPD-Basis und in der Bevölkerung ist, so sehr hat er sich als langjähriger Vorsitzender bei vielen Funktionären Feinde gemacht. Der Druck auf Schulz, Gabriel zu opfern, ist groß.

Eine Woche vor dem Bundesparteitag steht Gabriel auf einer kleinen Bühne im

sich nach dem Scheitern der Jamaikasondierungen. Gabriel hingegen hat seine Sympathie für eine Fortsetzung der Großen Koalition nie verhehlt. Es war seine Überzeugung, aber viele Genossen nahmen es ihm übel, weil sie – nicht ganz zu Unrecht – annahmen, dass er auch eine Kampagne in eigener Sache fuhr.

Dadurch fühlten sich diejenigen bestätigt, die ihn schon immer für einen Egoisten hielten, der nur auf seinen Bauch hört, aber nie auf die Bedürfnisse der SPD. Seine Wortmeldungen als SPD-Chef waren ebenso spontan wie widersprüchlich. Mal nahm er Griechenland in Schutz, mal spielte er mit dem Gedanken an dessen Austritt aus der Eurozone. Zuerst trug er einen „Refugees Welcome“-Button, dann warnte

ist wie mit dem Engelchen und dem Teufelchen, die links und rechts auf der Schulter sitzen: Mal sagt das Engelchen, Gabriel könne mit seiner Kreativität und Erfahrung in einer neuen Regierung durchaus hilfreich sein. Dann kommt das Teufelchen und warnt, er habe nun doch oft genug erlebt, wie illoyal Gabriel sei. Und ihn dafür noch belohnen?

Das Teufelchen dringt in diesen Tagen weitaus häufiger zu Schulz durch als das Engelchen. Wie soll das mit Gabriel gehen? Die Partei drängt auf Erneuerung, das Modell Gabriel, also eine auf Harmonie mit der Kanzlerin setzende Regierungstaktik, gilt vielen Sozialdemokraten als wichtiger Grund für das schlechte Abschneiden der Partei.

Kongresszentrum Wernigerode. Parteitag der SPD Sachsen-Anhalt, Gabriel spricht über das Leid der europäischen Sozialdemokratie. Dass es die französischen Sozialisten eigentlich gar nicht mehr gibt. Und dass die Sozialdemokraten in Osteuropa gerade mal noch einen Ministerpräsidenten stellen – in der Slowakei.

Es ist auch eine Verteidigung in eigener Sache. Viele in der SPD finden, dass vor allem Gabriel die Schuld an dem Niedergang der Partei trägt. Gabriel leugnet gar nicht, dass er einen Anteil daran hat. Aber eine Behauptung weist er empört von sich: dass die Koalitionen unter Merkel der Grund dafür seien, dass die SPD bei der Bundestagswahl bei 20,5 Prozent landete.

Er hält es vielmehr für einen strategischen Fehler, dass die aktuelle Parteiführung nach der Wahl eine Große Koalition kategorisch ausgeschlossen hat. Das rächte

er davor, die einheimische Bevölkerung nicht zu benachteiligen.

Auch für die gescheiterten Kanzlerkandidaturen trägt er eine Mitverantwortung. Peer Steinbrück und Martin Schulz stolperten nahezu unvorbereitet in ihre Wahlkampagne, weil sich Gabriel bis zum Schluss alle Optionen offenhalten wollte.

Als er „mit 15, 16 Jahren“ in die SPD eintrat, sei die Partei ziemlich patriarchalisch und konservativ geprägt gewesen, erzählt Gabriel auf dem Landesparteitag von Sachsen-Anhalt. „Manche sagen ja heute, dass sich damit erkläre, warum ich heute so bin, wie ich bin.“ Es ist der Versuch einer Entschuldigung, aber die erwünschte Wirkung erzielt er nicht: Am Ende stimmen die Delegierten mehrheitlich gegen eine Neuaufgabe der Großen Koalition.

Für Schulz ist die Gabriel-Frage eine Qual. Je näher die Personalie rückt, desto klarer wird ihm, wie schwierig sie ist. Es

Am Mittwoch sitzt Gabriel in seiner Kabine im vorderen Teil des kleinen Regierungs-Airbus auf dem Weg von Tel Aviv nach Berlin. In gerade einmal 14 Stunden hat er Israel und die Palästinensergebiete besucht, er will schnell wieder nach Berlin zurück, um die Koalitionsverhandlungen nicht zu verpassen.

Gabriel macht keinen Hehl daraus, dass er gern Außenminister bleiben würde. „In solchen international verwirrenden Zeiten seinem Land als Außenminister dienen zu können, ist natürlich ungeheuer spannend und auch eine sehr große Ehre“, sagt er. „Und es wäre ja seltsam, wenn man das nicht gerne weitermachen würde.“

Seit die SPD über eine Neuaufgabe der Großen Koalition verhandelt, wird in der Partei über eine Absprache geredet, die Gabriel und Schulz vor einem Jahr im rheinland-pfälzischen Montabaur getroffen haben sollen. Als Schulz Kanzlerkan-

didatur und Parteivorsitz übernahm, sicherte er Gabriel angeblich zu, im Falle einer erneuten Regierungsbeteiligung Außenminister bleiben zu dürfen.

Gabriel gibt sich zugeknöpft, wenn man ihn darauf anspricht. Er glaube, dass er seine Aufgabe als Außenminister ganz gut mache, sagt Gabriel. „Aber wir sind alle Gewählte und nicht Erwählte. Die SPD hat natürlich jedes Recht, mögliche Ministerämter anders zu besetzen.“

Ob Schulz gut beraten wäre, selbst das Auswärtige Amt zu übernehmen, bezweifeln nicht nur diejenigen, die sich für Gabriel starkmachen. Das Außenministerium sei kein gutes Vizekanzleramt, heißt es in der SPD. Zu viele Reisen, zu weit weg vom innenpolitischen Geschehen. Schon Guido Westerwelle wurde von diesem Zwiespalt zerrieben.

Betteln um das Amt will Gabriel aber nicht. In seinem Umfeld haben manche den Eindruck, dass ihm viele Genossen seine späte Beliebtheit regelrecht übel nehmen. Jedes Mal, wenn eine neue Umfrage rauskommt, rufe ein Parteifreund bei einer Zeitung an und fordere anonym seinen Kopf.

Umso mehr erfüllt es Gabriel mit Genugtuung, wenn ihm berichtet wird, dass ungefragt Fürsprecher auf den Plan treten. So wie Anfang Januar, als rund hundert Familienunternehmer zu seinen Ehren ein Essen im edlen Schlosshotel im Grunewald veranstalteten. Oder neulich beim Gewerkschaftsrat: Mehrere Gewerkschaftsvertreter erklärten Schulz, dass sie mit der Arbeit der SPD-Minister in der bisherigen Großen Koalition zufrieden seien. Gabriel solle auch im nächsten Kabinett wieder vertreten sein, schlugen sie vor.

Ob solche Argumente den Parteichef beeindruckten, ist fraglich. Möglicherweise geht es ab nächster Woche auch gar nicht mehr um die besten Köpfe. So wie die SPD die Mitgliederbefragung plant, kann es sein, dass Schulz der gesamte Prozess entgleitet.

Schulz' Autorität könnte dadurch weiter leiden. Schlechter würden Gabriels Chancen dadurch sicher nicht. Angesichts des Kommunikationschaos der vergangenen Wochen sehen manche die Amtszeit des früheren Vorsitzenden heute in milderem Licht. „Wir hatten ja unsere Probleme mit ihm“, sagt ein Genosse, „aber so ein Chaos wäre unter ihm nicht passiert.“

Die Konkurrenz zwischen Schulz und seinem Vorgänger ist mittlerweile ein offenes Geheimnis. Manch einer hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass sich die beiden noch zusammenraufen. Am Montag sah Johannes Kahrs, Chef des Seeheimer Kreises, Schulz und Gabriel am Rande der SPD-Fraktion zusammenstehen. Kahrs ging auf sie zu und rief: „Los Leute, wir brauchen euch beide!“

Hannah Knuth, Veit Medick, Christoph Schult

Diplomatischer Krisenfall

Außenpolitik Die türkische Justiz sucht ihn als einen der Anführer des Putsches gegen Erdoğan, die deutschen Behörden gewährten ihm Asyl: ein Hausbesuch bei Oberst İlhami P.

Der Staatsfeind der Türkei kommt in Hausschuhen und Unterhemd an die Tür, er trägt einen grauen Dreitagebart. Nur einen Schlitz breit öffnet İlhami P. an einem kalten Januartag die Wohnungstür im ersten Stock eines Fachwerkhauses, irgendwo in der westdeutschen Provinz. Draußen hat es gerade angefangen zu schneien. „Ich darf eigentlich mit niemandem reden“, sagt P. leise, „Erdoğan's Leute sind überall.“ Nach ein paar Worten in brüchigem Englisch wechselt er ins Türkische.

Der Besuch macht P. nervös. Immer wieder fragt er, wie man ihn und seinen Sohn überhaupt gefunden habe. „Die Polizei und der Verfassungsschutz haben mir versprochen, dass wir hier in Deutschland sicher sind“, sagt er. Aber es wird halt viel geredet über neu Zugezogene. Gerade in Kleinstädten.

Zwar ist P. in gut anderthalb Jahren auf der Flucht etwas grauer geworden, trotzdem ist er anhand der Fahndungsfotos, die im Internet kursieren, noch immer leicht als einer der meistgesuchten Feinde des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zu erkennen.

Die Regierung in Ankara hält P., einen Oberst des türkischen Militärs, für einen der Anführer des gescheiterten Putschversuchs vom 15. Juli 2016. Die türkische Staatsanwaltschaft wirft ihm Mitgliedschaft in einer Terrororganisation und Landesverrat vor. Die türkischen Medien nennen ihn den „Terrorkommandanten“. In Ankara hat der Prozess begonnen, mit viel Presserummel. Doch auf der Anklagebank fehlen die wichtigsten Angeklagten.

Seit Monaten beschäftigt der schwächliche Mann im Fachwerkhaus die deutsche und die türkische Regierung auf höchster Ebene. Die Türkei verlangt seine Auslieferung. Doch die deutschen Behörden können selbst Menschen, die womöglich schwere Verbrechen begangen haben, nicht einfach in die Türkei abschieben, wenn ihnen als Erdoğan-Gegner dort unmenschliche Behandlung droht und ein fairer Prozess nicht zu erwarten ist.

Mehr noch: Inzwischen haben P. und drei seiner Kameraden, die von der Türkei ebenfalls als Putschisten gesucht werden, in Deutschland Flüchtlingsschutz erhalten. Für mindestens drei Jahre genießen damit einige der meistgesuchten Staatsfeinde der Türkei in Deutschland Schutz vor Auslieferung und Prozess. Auch wenn die Regie-

rung in Berlin keinen Einfluss auf Asylverfahren hat, dürfte die Türkei den Schutz für die mutmaßlichen Putschisten als bewusste Provokation ansehen.

Für die Bundesregierung sind der Offizier und seine Kameraden daher ein diplomatischer Krisenfall. Präsident Erdoğan will P. unbedingt in Ankara vor Gericht sehen. Er hatte im Herbst im Gespräch mit Altkanzler Gerhard Schröder sogar einen Tausch angeboten: Sollte Deutschland P. und weitere türkische Offiziere ausliefern, würde Ankara im Gegenzug den Journalisten Deniz Yücel aus dem Gefängnis freilassen. Doch die Bundesregierung lehnte den Tauschhandel ab.

Zurzeit bemühen sich Berlin und Ankara nach einem Jahr der Krise gerade darum, ihre Beziehungen wieder zu verbessern. Die Türkei hat den Menschenrechtler Peter Steudtner und die Journalistin Meşale Tolu aus der Untersuchungshaft entlassen. Außenminister Sigmar Gabriel empfing seinen türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu demonstrativ freundschaftlich in Goslar zum Tee. Die Sicherheitsbehörden beider Länder nahmen ihren strategischen Dialog wieder auf.

Oberst P. sitzt im Fachwerkhaus am Küchentisch, vor ihm eine Tasse Tee. „Ich bin den Deutschen für den Schutz vor Erdoğan dankbar“, sagt er. P. bezieht jetzt

P. geht kaum vor die Tür, er traut sich nicht, mit anderen Türken auch nur zu reden.

finanzielle Hilfe vom deutschen Staat, lernt Deutsch an der Volkshochschule und will, wie er sagt, so schnell wie möglich Arbeit finden. Seine Kameraden, die mit ihm geflüchtet sind, leben in einer Unterkunft ein paar Kilometer entfernt.

P., geboren 1972 in Erzurum im Nordosten der Türkei, hatte bis zu jener Julinacht steil Karriere gemacht. Er war Stabschef der Militärakademie in Ankara, in der die Landstreitkräfte ausgebildet werden, und stand kurz davor, zum General befördert zu werden. Bei Auslandseinsätzen auf dem Balkan arbeitete er auch mit der Bundeswehr zusammen. „Ich kam mit den Deutschen gut aus“, sagt er.